

# Vereinigung der Oberstudiendirektoren des Landes Berlin e.V.

(Vereinigung der an der Leitung von Gymnasien und gymnasialen Oberstufen  
in Berlin beteiligten Personen e.V., organisiert im Dachverband BDK)

Vorsitzender: Ralf Treptow



Anschrift privat:

In der Niederheide 5a

16547 Birkenwerder

ralf.treptow@googlemail.com

0177-7530009

Mail privat:

Funktelefon:

Telefon Schule:

Fax Schule:

Anschrift Schule:

030-91607730

030-91607731

Kissingenstraße 12

13189 BERLIN

schulleiter.rlo@t-online.de

Mail Schule:

Berlin, am 06.12.18

## Presseerklärung der VOB zum Beschluss „Schule fürs Leben“ von Bündnis 90/Die Grünen Berlin vom 24.11.18

### Grüne Utopie: Einheitsschule für Berlin

Auf insgesamt 29 Seiten haben B90/Die Grünen anlässlich der eigenen Landesdelegiertenkonferenz Berlin Ende November 2018 ihre Vorstellungen für eine „Schule fürs Leben“ für Berlin dargestellt.

**Die Sehnsucht nach einer Einheitsschule in Berlin scheint B90/Die Grünen nicht zu verlassen. Bereits 2011 hatte die damalige Spitzenkandidatin, Renate Künast, kurz vor der Wahl öffentlich (und in einem Tagesspiegelinterview dokumentiert) eine unklare Position zum Berliner Gymnasium eingenommen - die Partei stürzte in der Folge bei der Wahl um etliche Prozentpunkte ab.**

2018 verkündet der Landesverband Berlin von B90/Die Grünen nun, dass „*ein gegliedertes Schulsystem unser Ziel ... inklusiver Schulen in einer inklusiven Gesellschaft erschweren*“ würde, um dann die Berliner dazu bekehren zu wollen, dass die eigenen „*Ziele in Gemeinschaftsschulen am besten umgesetzt werden können.*“ Deshalb sei die Gemeinschaftsschule „*die Schulform, in der unsere Vorstellungen von Bildungspolitik am besten verwirklicht wird.*“

In dankenswerter Offenheit wird dann verkündet, was die Berliner wissen sollten, wenn sie spätestens 2021 an die Wahlurne treten: „***Darum setzen wir uns weiter für unser Ziel ein, die ‚eine Schule für alle‘ – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen.***“

Die Berliner B90/Grünen weichen damit erheblich von den Vorstellungen der eigenen Partei im Bund ab. Bei B90/Die Grünen im Bund liest sich das so: "Wir sind für gute

Schulen und gute Abschlüsse - auch in Gymnasien. Wir wollen, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche eine gute Schulzeit haben und viel lernen. Und dass sie einen Abschluss machen, der ihnen den Weg ins weitere Leben, also in Ausbildung oder Studium eröffnet. Das Gymnasium ist ein Weg. Wichtig ist uns, dass es daneben einen weiteren Weg gibt, der alle 10-Jährigen willkommen heißt. Diese Schule kann Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, Sekundarschule oder Integrierte Sekundarschule heißen. Wichtig ist: Diese Schule bietet alle Abschlüsse an, einschließlich Abitur."

aus: <https://www.gruene.de/themen/gruene-themen-von-a-bis-z/wir-investieren-in-kindertagesstaetten-schulen-und-universitaeten.html>

Weil nun aber mindestens die Realos im Berliner Landesverband von B90/Die Grünen ahnen, dass ein Ziel „Einheitsschule für Berlin“ nichts als eine Utopie ist, suchte man bei der Landesdelegiertenkonferenz von B90/Die Grünen in Berlin nach Möglichkeiten, das Berliner Zwei-Säulen-Modell aus integrierter Sekundarschule (ISS) und Gymnasium von Innen auszuhöhlen. Und so werden dann u.a. vorgeschlagen und in den 29 Seiten verankert: *Die Erhöhung der Losquote auf 50% bei übernachtgefragten Schulen, die Abschaffung der Förderprognose am Ende der Grundschulzeit, die Abschaffung der Probezeit am Gymnasium, die Abschaffung der Entscheidungsmöglichkeit der Gymnasien auf eine notwendige Wiederholung einer Klassenstufe und die Durchsetzung einer verbindlichen Grundschulzeit von sechs Jahren*, was letztlich, folgt man den Berliner B90/Die Grünen, eine Abschaffung von fünften und sechsten Klassen an den Berliner Gymnasien bedeuten würde.

### **Die VOB erklärt zu diesen Vorstellungen von den Berliner B90/Die Grünen:**

1. Diejenigen, die das Gymnasium als überholt, gar als „Feind einer gerechten Gesellschaft“ darstellen, die den Untergang dieser Schulform und eines gegliederten Schulsystems prophezeien, ja fordern, verkennen:
  - a) Das Gymnasium nimmt auch heute noch immer **die** Leitfunktion in jeder Diskussion um die deutschen Bildungslandschaften ein. Das Gymnasium ist die einzige Schulform, die es neben der Grundschule in allen Bundesländern gibt. Das Gymnasium hat sich alle Herausforderungen der letzten Jahrzehnte als einzige Schulform gestellt und diese erfolgreich bewältigt.
  - b) Wer - wie in Berlin z.B. B90/Die Grünen - für eine „Einheitsschule“ plädiert, übersieht, dass das verfassungsgemäß wohl eher schwer möglich sein wird. Das Bundesverfassungsgericht fordert von den Ländern Schulgesetze, in denen z.B. die Festlegung der allgemeinen Schulpflicht, aber auch das Angebot der verschiedenen Schulformen geregelt ist.
  - c) Der in Berlin eingeführten Gemeinschaftsschule, also der von B90/Die Grünen favorisierten Einheitsschule, werden durch mehrere wissenschaftliche Untersuchungen erhebliche Defizite und ein noch immenser Optimierungsbedarf bestätigt.
  - d) Inklusion ist nicht Gleichmacherei. Berlins B90/Die Grünen sollten nicht, wie in dem Beschluss „Schule fürs Leben“ geschehen, alle bisherigen erfolgreichen Bemühungen bei der Inklusion aller anderen Schulformen in Frage stellen. Das schadet dem Berliner Schulwesen.
2. Die Berliner Eltern und Großeltern akzeptieren und achten ihre fast einhundert staatlichen Gymnasien. Sehr viele Berliner wollen eine Erweiterung des Lernens an den Gymnasien auf acht Jahre gemeinsamer Schulzeit bis zum Abitur in der Jahrgangsstufe 12 (statt der bisher i.d.R. sechs Jahre). Sie wissen mit Blick auf ihre

eigenen Kinder und Enkelkinder, dass eine seit 2001 die Berliner Schulpolitik kennzeichnende Verweigerung einer bedarfsgerechten Erweiterung bestehender Bildungsgänge ab Klassenstufe 5 und eine Verweigerung einer Einrichtung weiterer Bildungsgänge ab Klasse 5 an den Berliner Gymnasien nicht mehr zeitgemäß ist. Die isolierte Position von Berlin und Brandenburg bezüglich der sechsjährigen Grundschule und das dogmatische Festhalten an dieser bedeutet letztlich eine Verweigerung von Bildungschancen für Kinder, die frühzeitig für ein längeres, nämlich achtjähriges gemeinsames Lernen an den Berliner Gymnasien geeignet sind und die keinen der rund 3000 Plätze, davon rund 2000 an staatlichen Schulen, erhalten.

3. An den Berliner Gymnasien gibt es übrigens (noch) die Fachlehrerinnen und Fachlehrer, die Berlin wegen falscher politischer Entscheidungen für die Berliner Grundschulen schon lange nicht mehr findet. Nun möchte B90/Die Grünen zukünftig die Kinder nicht mehr zu diesen Lehrkräften schon ab dem fünften Jahrgang lassen.
4. Berlin braucht an seinen übernachgefragten Schulen nicht eine Erhöhung der Losquote von 30% auf 50%, sondern deren komplette Abschaffung. Die Berliner Gymnasien haben alle die Aufnahme im Falle der Übernachtfrage erfolgreich und gut auf der Grundlage der bestehenden Verordnungen geregelt. Entsprechend dieser schul- und profilbezogenen Regelungen könnten auch die letzten 30% der Aufnahmen vollzogen werden. Für die Berliner ISS benötigt man dagegen ein System, das nicht einzelne Schulen dieser Schulform bei der Aufnahme bevorteilt, sondern alle Schulen dieser Schulform gleichstellt. Auch ein solches System ginge ohne Lösen.
5. Die Förderprognose am Ende der Grundschulzeit ist eine wichtige und richtige Empfehlung für die Berliner Eltern. Sie gehört nicht abgeschafft, sondern gestärkt. Abschaffen kann man sie nur in einer Einheitsschule von 1 – 13. Stärken sollte man die Förderprognose, die besser „Schullaufbahnberatung“ hieße, durch eine berlinweit normierte „Lernabschlussuntersuchung“ in der Jahrgangsstufe 6 der Berliner Grundschulen. Diese muss eingeführt werden und die bisherige Untersuchung der „Lernausgangslage“ in der Jahrgangsstufe 7 der weiterführenden Schulen ersetzen, denn mit einer solchen Lernabschlussuntersuchung könnte jede Berliner Grundschule Rückschlüsse auf den Erfolg der eingesetzten Methoden mit Bezug auf den jeweiligen Abschlussjahrgang der Schule ziehen.
6. Die Probezeit an den Berliner Gymnasien ist das Korrektiv für den freien Elternwillen beim Übergang von der Berliner Grundschule auf die weiterführenden Schulen. Sie ist im Übrigen ein Instrument der Steuerung im „Zwei-Säulen-Modell“ Berlins. Durch die Probezeit wechseln die Lernenden, denen nach dem Entwicklungsstand am Ende der Probezeit ein Abitur erst in der Jahrgangsstufe 13 (und nicht schon in der Jahrgangsstufe 12) empfohlen wird, in das richtige Tempo für die weitere Schullaufbahn.
7. Eine Abschaffung einer möglichen Entscheidung auf Wiederholung einer der Klassen 8 bis 10 am Gymnasium wäre falsch. Schon jetzt können alle Lernenden, die am Ende der Klassen 7 bis 9 am Gymnasium nicht versetzt werden, in der jeweils darauffolgenden Jahrgangsstufe an einer ISS die Schullaufbahn fortsetzen.

Kinder von Familien, die den damit verbundenen freiwilligen Wechsel nicht wollen, haben die Chance, mit einer Wiederholung der Jahrgangsstufe am Gymnasium an dieser Schulform zu bleiben.

8. Eine Abschaffung von fünften und sechsten Klassen an den Berliner Gymnasien, die Folge einer von B90/Die Grünen für Berlin angestrebten „Durchsetzung einer verbindlichen Grundschulzeit von sechs Jahren“ wäre, geht völlig an den Bedürfnissen vieler Berliner Familien vorbei. Es wäre begrüßenswert, wenn die Bündnisgrünen auch in Berlin zum Realismus zurückkehren würden. Noch 2011 berichtete die Pankower Allgemeine Zeitung (Zugriff auf <https://www.pankower-allgemeine-zeitung.de/gelbe-karte-fur-sandra-scheeres/> am 02.12.18) in einer Situation, in der die Bedürfnisse von Berliner Familien für den Übergang in die Jahrgangsstufe an einem Gymnasium lange Zeit ignoriert worden sind: „Stefanie Remlinger (MdA), stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Grüne und Sprecherin für Bildung und berufliche Bildung wandte sich auch direkt an die Eltern und unterstützt die Forderungen: ‚Werte Eltern, ich finde, Sie haben völlig Recht. In Pankow fehlen ohnehin Gymnasialplätze. Und wenn der Senat ein Verfahren zur Aufnahme einrichtet, muss er sich auch nach den Ergebnissen richten. Ich werde versuchen, Druck zu machen!‘ Auch Antje Kapek (MdA, Bündnis 90/Grüne), Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklung unterstützt die Pankower Eltern. Ebenso hat sich auch Benedikt Lux (MdA, Bündnis 90/Grüne) geäußert.“

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem 29-seitigen Beschluss von B90/Die Grünen ist nicht Zielsetzung dieser Pressemitteilung der VOB. Die vorliegende Pressemitteilung wurde durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung der VOB am 06.12.18 bestätigt.

Für die VOB die Mitglieder der Sprecherguppe

Wolfgang Gerhardt  
Stellvertreter des Sprechers

Ilona Kowollik  
Stellvertreterin des Sprechers

Helmke Schulze  
Stellvertreterin des Sprechers

Ralf Treptow  
Sprecher der VOB